



FÜR SOZIALVERTRÄGLICHE UND NACHHALTIGE HOCHSCHULREFORMEN

Hochschulpolitische Position der Jusos Hamburg.

Beschlossen durch den Landesarbeitsausschuss der Jusos Hamburg am 12. Oktober 2005.

Inhalt:

Zur aktuellen Situation.....	2
Studienfinanzierung.....	2
Bachelor/ Master.....	4
Fakultäten.....	5
Hochschulzugang.....	6
Geistes-, Sprach- und Sozialwissenschaften.....	7
HWP/ Department für Wirtschaft und Politik.....	7
Kooperation der norddeutschen Hochschulen.....	8
Studentische Interessenvertretung aktiv gestalten.....	8

Herausgegeben durch die Jusos Hamburg

ViSdP/ Gestaltung: Sebastian Jonscher, Landesgeschäftsführer Jusos Hamburg

Juso Landesbüro Hamburg

Kurt-Schumacher-Allee 10, 20097 Hamburg
Tel.: (040) 280 848 13 od. 0179 907 31 85
Mail an: JusosHamburg@spd.de

WWW.JUSOS-HAMBURG.DE

Bild von www.photocase.com

■ ZUR AKTUELLEN SITUATION

Die Hochschullandschaft befindet sich bundesweit in einem der größten Umstrukturierungsprozesse ihrer Geschichte. Mit der flächendeckenden Einführung des Bachelor/Master-Systems im Rahmen des Bologna-Prozesses wird die Grundlage für ein modernes, internationales und flexibles Studium geschaffen. Die Hochschulen werden damit in die Lage versetzt, auf die Anforderungen der Globalisierung und Internationalisierung zu reagieren.

Zeitgleich sehen sie sich jedoch einem immensen Kostendruck gegenüber. Den ohnehin schon chronisch unterfinanzierten Hochschulen werden weiter die Mittel für Forschung und Lehre gekürzt. Grundsätzlich sinnvolle Reformprozesse wie die Fakultätenbildung müssen aus dem laufenden Haushalt bestritten werden.

Um die dringend erforderliche Verbesserung der finanziellen Situation der Hochschulen und der Studienbedingungen zu erreichen, sollen nun in vielen Bundesländern allgemeine Studiengebühren in Höhe von zumeist 500 Euro eingeführt werden. In Hamburg will Senator Dräger die gesetzliche Grundlage dafür so schnell wie möglich schaffen, so dass die Hochschulen zum Sommersemester 2006 erstmals allgemeine Studiengebühren erheben können.

■ STUDIENFINANZIERUNG

Schon heute können wir den Bedarf an hoch- und höchstqualifizierten Arbeitskräften, wie z.B. Ingenieuren, kaum decken. Dieser Bedarf wird nach allen seriösen Prognosen in den nächsten Jahren noch deutlich steigen. Es ist deshalb dringend notwendig, mehr jungen Menschen eine Hochschulausbildung zu ermöglichen. Wir können es uns nicht leisten, zusätzliche Hürden für die Aufnahme eines Studiums zu errichten. Studiengebühren – auch nachgelagerte, wie Dräger sie fordert – aber bergen die Gefahr, dass sie von der Aufnahme eines Studiums abschrecken.

Darüber hinaus steht zu befürchten, dass das mit der Gebühren-Einführung verbundene Ziel – die deutliche Verbesserung der Studienbedingungen – nicht erreicht wird. Dies zeigt die Erfahrung aus anderen Ländern und die Tatsache, dass bereits mehrere Länderfinanzminister angekündigt haben, zumindest einen Teil der Gelder, die durch Gebühren eingenommen wurden, den öffentlichen Haushalten zuzuführen, wie dies bei den Langzeitstudiengebühren z.T. schon geschieht.

Aber selbst wenn gesetzlich sichergestellt wäre, dass Studiengebühren direkt den Hochschulen zufließen, ließe sich nicht verhindern, dass die öffentliche Hand sich aus der Hochschulfinanzierung zurückzieht. Angesichts der aktuellen, zum Teil massiven Kürzungen vieler Länder im Bereich der Hochschulen liegt die Vermutung nahe, dass Studiengebühren lediglich dazu dienen würden, diese Einschnitte zu kompensieren – ohne zählbaren Ertrag für die Hochschulen. Wo dies hinführen kann,

zeigt der Fall des häufig als vorbildlich genannten australischen Studiengebührenmodells. Dort deckten die Studiengebühren anfangs noch 20 Prozent der Universitätsbudgets, der Anteil hat sich aber bis heute auf fast 40 Prozent erhöht.

Die 17. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes macht einmal mehr deutlich, dass Studierende aus sozial schwachen oder bildungsfernen Familien weitaus seltener ein Studium anfangen als Kinder aus Akademikerhaushalten. Aber auch bei Kindern, deren Eltern einen mittleren Bildungsabschluss haben, ist die Zahl der Studienanfänger rückläufig. Es besteht die Gefahr, dass dieser Trend durch die Einführung von Gebühren noch verstärkt würde.

Einen aktuellen Beleg für die abschreckende Wirkung von Gebühren liefert das Beispiel Österreichs. Dort wurden im Studienjahr 2001/2002 Studiengebühren eingeführt. Sowohl die Zahl der Studierenden aus bildungsfernen Schichten als auch die der Neueinschreibungen und der ausländischen Studierenden sank in der Folge drastisch.

Studiengebührenbefürworter verweisen gelegentlich auf die Konstanz in der australischen Studierendenquote nach der Einführung von Gebühren hin, um den abschreckenden Effekt von Studiengebühren in Zweifel zu ziehen. Nicht erwähnt wird in diesem Zusammenhang, dass es vor Einführung von Studiengebühren einen deutlichen Überhang an Studienbewerbern und entsprechende Wartelisten gab, die nach Einführung der Gebühren abgeschafft wurden. Daneben wurden massiv ausländische Studierende angeworben, die in der Lage waren, Gebühren zu entrichten. Der Anteil von weniger begüterten Ausländern an den australischen Universitäten ist dagegen gegenüber dem Zeitpunkt vor Einführung der Gebühren fast auf Null gesunken.

Nach der 17. Sozialerhebung des Studentenwerks üben heute trotz erheblich verbesserter BAföG-Förderung noch immer 68 Prozent der Studierenden neben dem Studium einen Nebenjob aus. Dies hat selbstverständlich immer wieder auch Auswirkungen auf die Studiendauer. Durch die Einführung von Studiengebühren würden sich die finanziellen Belastungen der Studierenden deutlich erhöhen. Damit steigt die Notwendigkeit, neben dem Studium zu jobben – mit entsprechenden Konsequenzen für die Studiendauer.

Auch eine Absenkung der Abbrecherquote wäre kaum zu erwarten. Das Hochschulinformationssystem (HIS) hat ermittelt, dass schon heute 26 Prozent der Studierenden, die ihr Studium abbrechen, dies aus finanziellen Gründen tun. Studiengebühren würden dieses Problem nicht lösen, sondern verschärfen.

Die von Dräger angeführte Front der bundesweiten Gebührenbefürworter will mittels eines kreditfinanzierten Systems der nachgelagerten Gebührenerhebung all diese Probleme umgehen.

Allerdings gibt es bis heute keine überzeugende Antwort auf die Frage, wie dies zu finanzieren wäre. Durch die geplante einkommensabhängige Rückzahlung entstehen Kreditausfälle, die die von Dräger errechneten 17 % der Gesamtsumme wohl deutlich übersteigen dürften. Verbunden mit staatlichen Zinssubventionen entsteht eine zusätzliche Belastung für die öffentlichen Haushalte, die die heutigen Aufwendungen für das BAföG ebenfalls deutlich übersteigen dürften.

Bei 500 Euro Studiengebühren pro Semester fallen inklusive Lebenshaltungskosten bis zum Ende des Studiums Kosten pro Kopf i.H.v. etwa 50.000 Euro an. Selbst wenn die Finanzierung von Krediten und Stipendien gesichert wäre, ist zu erwarten, dass trotz nachgelagerter Gebühren die Angst vor einem Schuldenberg nach Studienende auf junge Menschen abschreckend wirkt. Zumindest aber kämen hier enorme zusätzliche Belastungen auf junge Familien und potenzielle Existenzgründer zu. Zudem wird der finanzielle Spielraum für die notwendige private Vorsorge für Alter und soziale Sicherheit deutlich eingeschränkt. Auch hierauf haben die Gebührenbefürworter bisher noch keine überzeugende Antwort geliefert.

Durch Studiengebühren wird Hochschulbildung zu einer Ware. Studiengebühren sind deshalb undemokratisch, weil die Studierenden dem „Dienstleister Universität“ nur noch als Käufer und Konsument der vermeintlichen „Ware Bildung“ entgegentreten und noch weniger als bisher demokratisch und selbstbewusst über die Ziele, Inhalte und Methoden von Studium, Lehre und Forschung mitbestimmen können. Die Hamburger SPD und die Jusos in der Hamburger SPD haben sich aber dazu bekannt: „Bildung ist keine Ware!“. Bildung ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein öffentliches Gut und eine öffentliche Aufgabe: Denn Bildung ist die Grundlage für die individuelle wie kollektive Gestaltung einer demokratischen Gesellschaft. Wir wollen, dass alle Menschengleiche, gute Bedingungen zur bewussten gesellschaftlichen und demokratischen Entfaltung ihrer Persönlichkeit bekommen. Der Stand wissenschaftlich-technischer und kultureller Entwicklung der Gesellschaft macht erforderlich, dass möglichst alle Menschen sich möglichst umfänglich, allgemein und fachlich bilden, um die politischen, sozialen, ökonomischen und ökologischen Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft solidarisch zu meistern. Aus diesen Gründen bleibt Bildung – auch an Hochschulen – für uns eine Aufgabe, die öffentlich gewährleistet und staatlich bedarfsgerecht finanziert werden muss.

Keine Frage: Wer studieren kann, ist privilegiert – in aller Regel auch durch ein später höheres Einkommen. Deshalb ist die Forderung vollkommen berechtigt, dass er oder sie auch einen entsprechend höheren Beitrag zur Finanzierung der Hochschulen leisten soll. Dies geschieht bereits über die Steuererhebung. Die sozial gerechteste Bildungsfinanzierung ist die Finanzierung aus leistungsgerecht erhobener, progressiver Einkommens- und Kapitalsteuer.

Die Lösung der Finanzierungsdefizite der Hochschulen ist im Kern die gleiche, wie die der Finanzierungsdefizite der öffentlichen Aufgaben allgemein: eine Erhöhung der Steuereinnahmen bei sozial gerechten wirksamen Tarifen.

Die Jusos Hamburg sind gegen die Einführung allgemeiner Studiengebühren und gegen die Abschaffung des BAföG. Im Rahmen unserer hochschulpolitischen Aktivitäten werden wir gegen die diesbezüglichen Pläne der CDU kämpfen.

Allerdings reicht uns eine bloße Ablehnung nicht aus. Spätestens im Rahmen des Bürgerschaftswahlkampfes 2008 wird die Hamburger SPD die Frage beantworten müssen, wie angesichts knapper öffentlicher Gelder die Hamburger Hochschulen dann auf die finanzielle Basis gestellt werden sollen, um international und bundesweit wettbewerbsfähig zu werden.

Daher fordern wir den raschen Beginn eines Diskurses innerhalb der SPD Hamburg über die Zukunft der Studienfinanzierung und die Gründung einer diesbezüglichen Arbeitsgruppe auf Landesebene.

BACHELOR/ MASTER

Seit dem Ende der neunziger Jahre bemühen sich die EU-Staaten im so genannten Bologna-Prozess um eine Angleichung der nationalen Hochschulsysteme. Diese beinhaltet eine Umstellung der Magister- und Diplomstudiengänge zu einem gestuften System mit einem Bachelor als erstem, berufsqualifizierendem Abschluss und einem Master-Studiengang, der überwiegend unabhängig vom vorausgehenden Bachelor-Studium konzipiert ist. In Hamburg soll ein erstes Drittel der Studiengänge zum Wintersemester 05/06 umgestellt werden. Die vollständige Umstellung aller Studiengänge auf das BA/MA-System ist für das Wintersemester 07/08 geplant.

Die Angleichung der europäischen Hochschullandschaft an das international übliche graduierte System ist unter dem Aspekt der Internationalisierung von Forschung und Lehre prinzipiell zu begrüßen. Dennoch gilt es, diesen Prozess in den nächsten Monaten kritisch zu begleiten. Es muss sichergestellt werden dass das Bachelor-Studium von 6-8 Semestern kein „Studium-light“ wird. Eine leichte Ausweitung des bisherigen Grundstudiums ist nicht ausreichend, um einen qualifizierten BA-Abschluss zu erreichen. Hierfür ist die Konzeption komplett neuer Studiengänge erforderlich, die Praxisbezug aufweisen, aber die wissenschaftliche Ausrichtung der Ausbildung nicht völlig vernachlässigen. Zudem ist die ausreichende Finanzierung eines differenzierten und spezialisierten Fächersystems zu gewährleisten, das entgegen den Behauptungen des amtierenden Senates bei gleich bleibender Qualität Ressourcen über das geplante Finanzvolumen hinaus erfordern wird.

Weiterhin ist es wichtig, bei der Einführung des neuen Studiensystems die besondere Situation von Studierenden mit Kindern oder arbeitenden Studierenden zu beachten. Für diese muss die Möglichkeit gewahrt bleiben zu studieren, indem bspw. Teilzeitstudien angeboten werden.

Senator Dräger plant eine Quotierung der Master-Studiengänge. Nur ein Teil der Absolventen des Bachelors soll die Möglichkeit erhalten, die akademische Ausbildung fortzuführen. Dies bedeutet eine Einschränkung des freien Zuganges zu Bildung, die den Studierenden und der Stadt Hamburg als Wissenschaftsstandort gleichermaßen schadet.

Die Jusos Hamburg lehnen diese Pläne ab und fordern den freien Zugang zu Masterstudiengängen.

Bei einem Großteil der Bachelor- / Masterstudiengänge, die an Universität Hamburg eingeführt werden sollen, ist noch keine Akkreditierung erfolgt. Die Universität Hamburg liegt damit im bundesweiten Vergleich zurück. Es ist erforderlich, dass die neuen Studiengänge zügig anerkannt werden, damit künftige Studierende Sicherheit haben, welches Studium sie antreten können, wie dessen Studienordnung aussieht und ob ihr Abschluss anerkannt wird.

Darüber hinaus ist ein angemessener Bestandsschutz zu gewährleisten. Allen Studierenden, die derzeit auf Diplom oder Magister studieren, muss die Möglichkeit gegeben werden, ihr Studium ohne Nachteile beenden zu können. Ob dies bei den nötigen signifikanten Veränderungen der Studienpläne und den begrenzten finanziellen Mitteln in dem Maße geleistet werden kann, wie der Senat es angekündigt hat, bleibt fragwürdig.

FAKULTÄTEN

Die Bildung von Fakultäten an der Universität und der Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW) soll die Verwaltungsstrukturen grundlegend vereinfachen und effektivieren.

Ebenso wie die Bürgerschaftsfraktion der SPD Hamburg begrüßen auch die Jusos Hamburg grundsätzlich die Bildung von Fakultäten.

Allerdings enthält das im Mai verabschiedete Gesetz eine Reihe von Punkten, die grundsätzlich zu kritisieren sind:

Die Gesamtverantwortung für die Prozesskette Studium liegt bei der Universität und muss dort auch bleiben. Insofern ist es notwendig, dass zentrale Steuerungsaufgaben bei der Universität verbleiben und nicht auf die Fakultäten verlagert werden. Dies betrifft insbesondere die Erarbeitung und

Verabschiedung von Studien- und Prüfungsordnungen, die Haushaltssteuerung und die Bauabteilung. Vor allem für fakultätsübergreifende Studiengänge ist es dringend notwendig, dass es transparente und synchronisierte Studien- und Prüfungsordnungen gibt. Erlässt jede Fakultät ihre eigenen Ordnungen, steht zu befürchten, dass es zu einer Vielzahl von praktischen Problemen im Studienalltag kommt, die letztlich wieder an den Studierenden hängen bleiben.

Einer zu großen Autonomie der Fakultäten ist schon deshalb vorzubeugen, damit die Universität als Gesamteinheit erhalten bleibt. Eine Separierung in vollkommen autonome Fakultäten oder gar schools nach dem Vorbild der University of London lehnen wir ab. Eine solche Struktur führt nicht nur zu erheblichen Komplikationen bei der Zusammenarbeit der einzelnen Einheiten und birgt die Gefahr von unterschiedlichen Standards. Sie schwächt auch die Position der Akteure gegenüber dem Staat. Nur eine ausreichend große Einheit wie die Universität ist in der Lage, sich gegen falsche politische Entwicklungen zur Wehr zu setzen. Auch deshalb ist der Akademische Senat in seiner Struktur und mit seinen Aufgaben auf jeden Fall zu erhalten. Darüber hinaus muss studentischer Einfluss auch auf zentraler Ebene unbedingt erhalten bleiben.

Die Binnenstruktur der Fakultäten muss flexibilisiert und demokratischer gestaltet werden. Ein Verbot von Organisationseinheiten unterhalb der Fakultätsebene ist schon deshalb nicht sinnvoll, weil gerade bei den großen Fakultäten die Möglichkeit bestehen muss, dass die Departments oder Fachbereiche ihre eigenen Selbstverwaltungsgremien haben. Denkbar wären etwa paritätisch besetzte Vorstände. Dies muss sicher nicht überall sinnvoll und notwendig sein. Einen expliziten Ausschluss dieser Untereinheiten lehnen wir allerdings ab.

Berufungen sollen nicht durch das Dekanat, sondern durch die Fakultätsräte durchgeführt werden. Nur so ist eine angemessene Beteiligung der Statusgruppen und besonders der Studierenden am Verfahren zu gewährleisten. Die Universitätsleitung sollte im Sinne der schon genannten Gesamtverantwortung und Steuerungsfunktion angemessen v.a. aber regelmäßig und nicht nur in Ausnahmefällen am Berufungsverfahren beteiligt werden.

Die Jusos Hamburg fordern den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg und insbesondere Senator Dräger auf die genannten Punkte zu ändern. Wir appellieren darüber hinaus an alle Fraktionen in der Hamburgischen Bürgerschaft, auf die entsprechenden Änderungen hinzuwirken. Es muss auf jeden Fall verhindert werden, dass sich falsche Strukturen etablieren.

HOCHSCHULZUGANG

Das neue Hochschulzulassungsgesetz gibt den Hochschulen die Möglichkeit, 72 % der Studienplätze nach einem frei wählbaren Auswahlverfahren zu vergeben. Das Auswahlverfahren kann sowohl schriftliche Aufnahmetests, als auch Auswahlgespräche oder so genannte Assessment-Center beinhalten. Solche Verfahren sollen die Zahl der Studienabbrecher deutlich senken und die „Qualität“ der Studierenden erhöhen.

Erfahrungen privater Hochschulen, zahlreiche Feldversuche und mehrere Studien zeigen jedoch, dass derartige Auswahlverfahren das angestrebte Ziel in den meisten Fällen nicht erreichen. Stattdessen sind die Verfahren überaus kostenaufwendig und nicht objektiv genug, wodurch sie anfechtbar werden.

BewerberInnen müssen sich i.d.R. an mehreren Unis bewerben um sicher zu gehen, dass sie einen Studienplatz bekommen. Langwierige Bewerbungsverfahren bedeuten einen erheblichen Mehraufwand für die Studiums aspiranten. Darüber hinaus kann es sogar dazu führen, dass sich BewerberInnen nicht auf alle möglichen Studienplätze bewerben. Sei es, weil sie den Mehraufwand bzw. die Kosten scheuen oder aus Zeitgründen gar nicht an z.B. allen Assessment-Centern teilnehmen können.

Die Jusos Hamburg fordern daher, die Beibehaltung des jetzigen Zulassungssystems nach Abiturschnitt (NC). Allenfalls könnte eine Gewichtung bestimmter Noten innerhalb des Abiturzeugnisses vorgenommen werden. Insbesondere ist von der Einführung von Bewerbungsgebühren Abstand zu nehmen. Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass es einheitliche Zulassungsregelungen für die gesamte Universität gibt, die eine optimale Studienplatzauslastung und -vergabe gewähren. Separate Zugangsregelungen für die einzelnen Fakultäten lehnen wir ab.

Die Jusos Hamburg fordern die Wiedereinführung der Härtefallquote von 20%.

Der neu geschaffene Hochschulzugang für sog. Frühstudierende (Hochbegabte) wird begrüßt.

GEISTES-, SPRACH- UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

Die Jusos Hamburg sprechen sich für den Erhalt der Angebote in den Geistes-, Sprach- und Sozialwissenschaften an der Universität Hamburg aus.

Die Beschäftigung mit kulturellen Aspekten des Lebens gehört unabdingbar mit in das wissenschaftliche Spektrum der Hamburger Universität. Eine Stadt wie Hamburg, die „Tor zur Welt“ sein will, sollte in diesem Bereich ein möglichst breites Spektrum an Studiengängen anbieten und nicht die zum Teil in der Bundesrepublik einzigartigen kleineren Fachbereiche (z.B. Äthiopistik) schließen.

Zur Stärkung dieser Fachbereiche könnten interdisziplinäre Studiengänge geschaffen werden, die zum Beispiel durch die Kombination mit Jura oder BWL den Interessentenkreis vergrößern. Dieses Angebot könnte die Studierendenzahl in den hochspezialisierten Fachbereichen erhöhen und damit Grundlagen für eine größere Auswahl an Kursen bieten. So könnte man beispielsweise das Studium der Betriebswirtschaftslehre mit einem Studium der Sinologie inklusive der Sprache verbinden. Es könnte auch einen rechtswissenschaftlichen Studiengang geben, der eine Schwerpunktsetzung auf südamerikanische Rechtssysteme zulässt und das Erlernen von Spanisch beinhaltet.

HWP/ DEPARTMENT FÜR WIRTSCHAFT UND POLITIK

Zum 01. April.2005 wurde die Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik (HWP) als eigenständige Fakultät aufgelöst und als Department für Wirtschaft und Politik neben den Departments für Wirtschaftswissenschaften und Sozialwissenschaften in die (zukünftige) Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg integriert.

Die Jusos Hamburg haben sich immer für den Erhalt der HWP als eigenständige Hochschule engagiert. Nun gilt es dafür zu kämpfen, dass die HWP mit ihren besonderen Angeboten (Hochschulzugang ohne Abitur, besondere Praxis- und Projektorientierung, Interdisziplinarität) im Gründungsprozess der WiSo-Fakultät als eigenständiges Department erhalten bleibt.

Darüber hinaus schließen wir uns der Forderung der SPD Bürgerschaftsfraktion an, das Institut für Weiterbildung der HWP an die neue Fakultät anzuschließen und den Zugang für Studierende ohne Abitur auszubauen.

KOOPERATION DER NORDDEUTSCHEN HOCHSCHULEN

Die Jusos Hamburg unterstützen die verstärkte Kooperation der norddeutschen Hochschulen (u.a. Hamburg, Kiel, Rostock, Greifswald).

In das Bild stärkerer überregionaler Zusammenarbeit und Vernetzung passen keine Studiengebühren für Studierende, die außerhalb der Metropolregion wohnen.

Die Jusos Hamburg fordern daher Senat und Universität auf, die für verfassungswidrig erklärte Praxis der Metropolregions-Gebühren endlich zu beenden und die zu Unrecht erhobenen Gebühren an die betroffenen Studierenden zurückzuzahlen.

Darüber hinaus fordern wir eine Ausweitung des Semestertickets nach Kiel. Im Rahmen unseres hochschulpolitischen Engagements wollen wir darauf hinwirken, dass der AStA der Universität entsprechende Verhandlungen mit den zuständigen Verkehrsbetrieben aufnimmt.

STUDENTISCHE INTERESSENVERTRETUNG AKTIV GESTALTEN

Die Jusos Hamburg setzen sich im Rahmen ihrer hochschulpolitischen Aktivitäten an der Universität Hamburg für eine studentische Interessensvertretung ein, die in der Lage ist, den aktuellen Herausforderungen kraftvoll und mit eigenen konstruktiven Akzenten zu begegnen.

Der Kampf gegen die Einführung von allgemeinen Studiengebühren muss kreativ und zielgerichtet geführt werden. Insofern lehnen wir einen Streik, der nur von einer kleinen Minderheit der Studierenden getragen wird, ab.

In allen anderen Bereichen der Hochschulpolitik gilt es, dass die Studierenden mit eigenen Ideen und Konzepten wieder in die Offensive kommen. Wir werden für einen AStA eintreten, der nicht reagiert und blockiert, sondern es stattdessen schafft, konstruktiv und in kritischer Zusammenarbeit mit der Universität und anderen Akteuren (Studentenwerk, studentische Gruppen) eigene Projekte zu entwickeln und umzusetzen.